SPD Informationen

Rund um den Roland

Sehr verehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

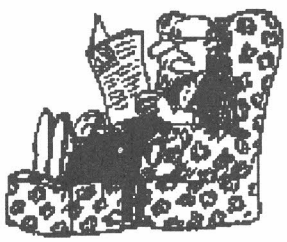
wir versuchen, eine Zeitung **für Sie** zu machen. **Sie** sollen, aber auch die Möglichkeit haben, uns **Ihre** Meinung, **Ihre** Anregungen, **Ihre** Kritik mitzuteilen.
Wenn **Ihnen** ein Thema besonders am Herzen liegt, teilen Sie es uns gern mit, die SPD oder wir als Redaktion werden uns darum kümmern.

Also schwingen **Sie** sich aus dem Sessel und **schreiben Sie uns.**

Unsere Anschrift:
"Rund um den Roland"
c/o Jan-Uwe Schadendorf
Lehmbarg 44

24576 Bad Bramstedt

Ihre Redaktion



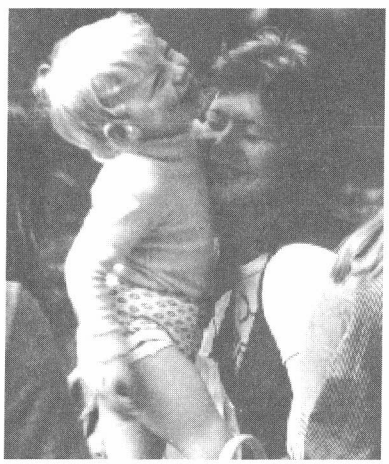
Bürgerzeitung der SPD Bad Bramstedt November 1993 18. Jahrgang

Kinder sind Zukunft

SPD setzt sich für gute pädagogische Arbeit ein - CDU und F.D.P. blocken ab

Bad Bramstedt. "Kinder sind Zukunft" mit diesen drei Worten faßte die Leiterin des Kindergartens Schlüskamp, Frau Peper, ihre Berufsmotivation und Zielsetzung ihrer Arbeit zusammen und stieß damit auf fruchtbaren Boden bei den Sozialdemokraten, die sie zu einer Fraktionssitzung eingeladen hatten, um das Thema Kindergärten zu beraten.

Das soziale und wirtschaftliche Umfeld, der steigende Fernsehkonsum der Kinder und die heute andere Bedeutung der Familie haben, so Frau Peper, in den letzten 10 - 15 Jahren zu einer starken Zunahme von Verhaltensauffälligkeiten geführt. Das seien nicht nur die aggressiven Kinder (insbesondere nach Fernsehwochenenden), sondern auch häufig stille Kinder, die sich nicht beschäftigen können, schwer sozialen Kontakt finden und/oder nicht zu Problemlösungen fähig seien. In Gruppen mit 20 oder 25 Kindern können eine einzige Betreuerin hier keine pädagogische Leistung erbringen, sondern nur verwahren. Gerade aber in dieser frühen kindlichen Phase habe man noch gute Chancen den Kindern anleitend zu helfen.
Bei den Sozialdemokraten brauchte nicht viel Überzeugungsarbeit geleistet zu werden, schon lange ist man sich in der SPD über die Bedeutung einer guten Kinder- und Jugendbetreuung im Klaren; Politik für Jugendzentrum und Kindergärten der letzten Jahre zeugen davon. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gudrun Kockmann-Schadendorf hat hier in den letzten Jahren eine kontinuierliche und erfolgreiche Überzeugungsarbeit geleistet.
Die Forderungen in der Septemberausgabe des kirchlichen Gemeindebriefes nahm die SPD an, um endlich die verfahrene Situation zu lösen.
Der Kirchenvorstand hatte zwei pädagogische Kräfte pro Gruppe gefordert und 25 % Kostenbeteiligung angeboten.
In den Gesprächen mit dem zuständigen Pastor, und Frau Peper für das pädagogische Personal, war man sich schnell einig und die SPD-Fraktion faßte einstimmig den Beschluß, in den städtischen Gremien für diese Forderung einzutreten und gleiches Recht für den neuen Kindergarten der AWO (Arbeiterwohlfahrt) gelten zu lassen. Im Sozialausschuß Ende Oktober fand der Antrag der SPD die Mehrheit;



jedoch im Magistrat -in dem SPD und F.D.P. nur über drei der sechs Sitze verfügen - gab es keine Mehrheit, die CDU blockte ab.
Konsequent ließ die SPD nicht locker und beantragte eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung., in der sie ihre Position einbrachte, um den berechtigten Forderungen nachzukommen und den Kindergärten die für die weitere Arbeit nötige Grundlage zu geben. Die CDU bezeichnet diese Initiative für die Kinder als Geldverschwendung..

An der Glückstädter Straße entsteht der AWO-Kindergarten; fertig wohl im Sommer 1994 und mit Platz für über 120 Kinder

Kirchenvorstand fällt um

Fünf Tage vor der Sitzung erfolgt plötzlich und ohne erkennbaren Anlaß ein neuer Beschluß des Kirchenvorstandes: nun mit 1,8 statt zwei Kräften und 20 % statt 25 % Zuschuß.
Woher dieser Sinneswandel nach wenigen Wochen, ja Tagen ? Was will man den Eltern sagen, die auf die Straße gingen, und dem Personal, das sich so engagierte ?

CDU / F.D.P. gegen SPD

Dem Beschluß der Kirche ging ein Gespräch zwischen Kirchenvorsteher und Bürgermeister voran; der Bürgermeister DUZ-Freund des CDU-Vorsitzenden, der Kirchenvorsteher sein Angesteller. Ist das der Hintergrund der Entscheidung ? Parteiwohl vor Kindeswohl ?
Die SPD unterlag mit ihrem Antrag , denn neben der CDU haben auch F.D.P. (mal wieder) und Grüne plötzlich ihre Meinung geändert.
Dennoch: Die SPD wird weiter dafür eintreten.

Kurz notiert

famila kommt !

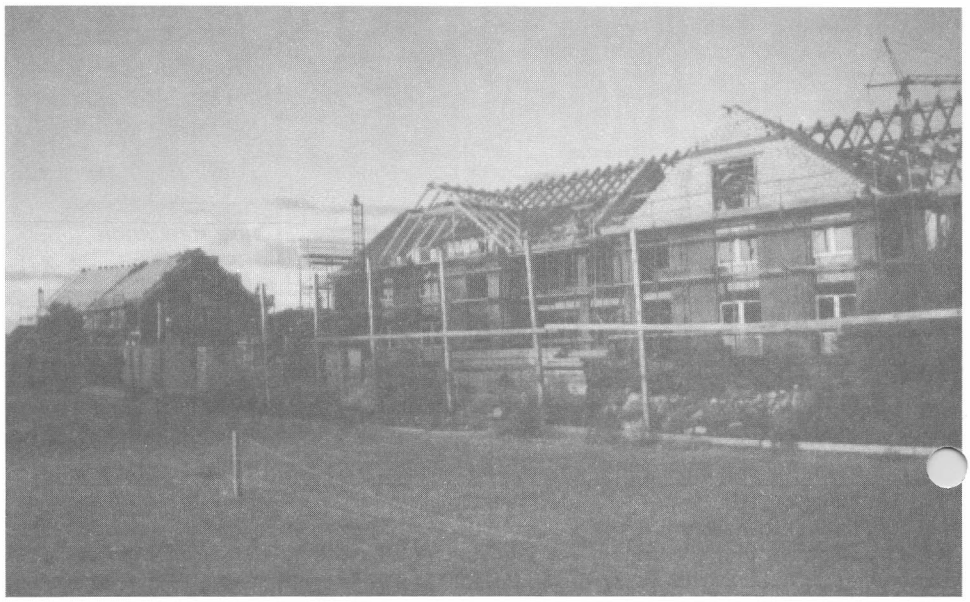
Bad Bramstedt. Der Bau eines famila-Marktes in Bad Bramstedt rückt in greifbare Nähe. Der Bürgermeister teilte auf der letzten Sitzung des städtischen Planungsausschusses mit, daß er zusammen mit einem Geschäftsführer der Fa. Bartels & Langneß beim Kreisbauamt gewesen sei und dort die Nachricht bekommen habe, daß ein Bauantrag gestellt werden könne. Es seinen zwar noch einige Details zur endgültigen Genehmigung des Bebauungsplanes Nr. 20 und wegen der Erschließung zu klären, aber die Planer könnten schon in Aktion treten.
Neben famila wird auch ein neuer aldi-Markt am Lohstücker Weg entstehen und die jetzt sehr beengten Verhältnisse im jetzigen Markt beenden.
SPD Vorsitzender **Jan-Uwe Schadendorf:** "Damit wird ein von der SPD angeschobenes Projekt, an dem fast drei Jahre gearbeitet wurde, realisiert. Zusammen mit den Partnern F.D.P. und Grüne hat die SPD diese Planung gegen den permanenten Widerstand der CDU verwirklicht. Die Sozialdemokraten erhoffen sich davon eine merkliche Steigerung der Attraktivität Bad Bramstedts als Einkaufsstadt und einen höheren Verbleib der Kaufkraft am Orte." Nicht zu vergessen sei bei dieser Planung auch die Ausweisung eines Standortes für das Amtsgericht und weiterer Flächen für den Wohnungsbau im rückwärtigen Bereich der Straße Butendoor, die zu einer deutlichen Aufwertung dieses zentrumsnahen Bereiches führe.

Kürzlich trafen

wir in Hamburg auf einem belebten Platz einen in Bad Bramstedt gut bekannten CDUler bei einer Sammlung für die ruinierten Finanzen der Stadt Bad Bramstedt. Einen Fotoapparat hatten wir nicht dabei, uns gelang jedoch aus der Erinnerung eine Skizze, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten.

Bauboom in Bad Bramstedt

Bad Bramstedt. Seitdem die Sozialdemokraten zusammen mit der Ampelkoalition in Bad Bramstedt den Ton angeben, geht es insbesondere im Gewerbe- und Wohnungsbau bergauf. In der Süd-West-Stadt können neue Flächen kaum so schnell erschlossen werden, wie die Grundstücke Abnehmer finden; erfreulich daran,so **1. Stadtrat Arnold Helmcke**, daß nicht nur Einfamilienhäuser entstehen, sondern auch Reihenhäuser und Mietwohnungen in nennenswerten Umfang. Die Mitarbeiterwohnungen der psychosomatischen Klinik und die kurz vor Fertigstellung stehenden weiteren 24 Sozialwohnungen sind ein Beispiel dafür.



Auch an anderen Stellen im Stadtgebiet ragen Baukräne empor und lassen deutlich werden, daß sich in Bad Bramstedt nach vielen Jahren der Stagnation zu CDU-Zeiten endlich wieder etwas tut. Spürbar wird dies an der Einwohnerzahl, die mittlerweile auf deutlich über 10.000 angewachsen ist.
Die Sozialdemokraten forcieren die Ausweisung neuer Baugebiete. Im innerstädtischen Bereich werden mit dem B-Plan 20 (Butendoor/Lohstücker Weg) in Kürze neue Flächen für verdichtetes Bauen und die Ansiedlung von Handelsbetrieben genehmigt sein. In der Süd-West-Stadt ist mit dem B-Plan 24 der vorerst letzte Abschnitt in der abschließende Phase der Planung; hier entsteht Wohnraum für rund 1.000 Menschen.
Stadtverordnete **Christel Scherbaum:** "Um bei der langen Planungsdauer nicht in Engpässe

beim Angebot an Wohnungsbauflächen zu kommen, hat die SPD mit dem B-Plan Lehmbarg/Husdahl und mit Überlegungen zu weiteren Plänen die nächsten Schritte in die Wege geleitet."
Für gewerbliche Ansiedlungen ist mit Förderung des Landes Schleswig-Holstein auf dem Tegelbarg ein schönes Gewerbegebiet entstanden, in dem sich schon einige Betriebe angesiedelt haben und Dank der Unterstützung des ehemaligen Sozialministers Jansen hat Bad Bramstedt eine neue Klinik mit rd. 200 Arbeitsplätzen erhalten.
Für gewerbliche Ansiedlungen wird man in Kürze über Erweiterungsflächen nachdenken müssen, um die Wirtschaftskraft der Stadt weiter zu stärken.

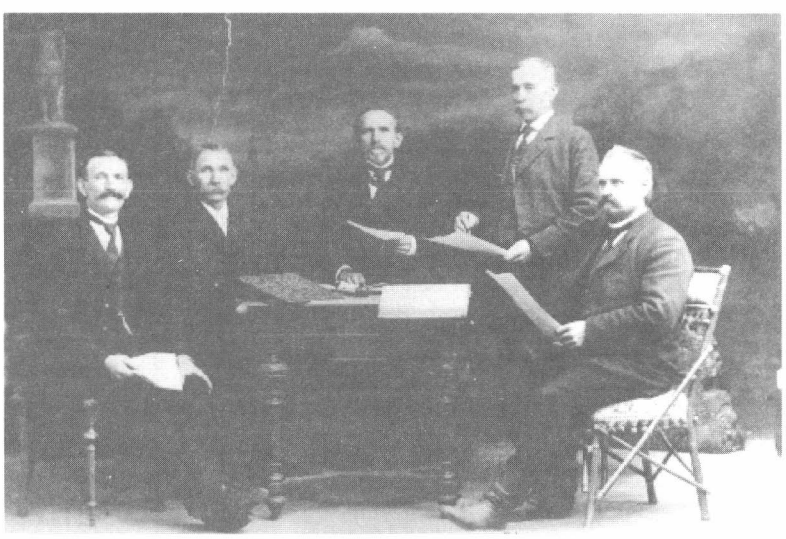
Vor 75 Jahren: Wiedergründung der SPD Bad Bramstedt

Bad Bramstedt. Vor 75 Jahren, im Dezember 1918, wurde in Bad Bramstedt die SPD (wieder-)gegründet, ein Anlaß für einen Rückblick in Schlaglichtern. Unter dem 7.12.1918 berichten die Bramstedter Nachrichten über eine gut besuchte sozialdemokratische Versammlung am 3.12., zu der ein Redner aus Hamburg geladen aber nicht erschienen war und auf der daraufhin aus dem Arbeiterart Gustav Schatz eine Rede hielt. Die Zeitung berichetet:*"Der Redner forderte zum Schluß die Anwesenden auf, einer zu gründenden Ortsgruppe der sozialdemokratischen Partei beizutreten. Früher habe hier eine solche bestanden, es dürfe an der Zeit sein, sie wieder ins Leben zu rufen."* Am 19.12. folgt eine Anzeige für eine Mitgliederversammlung am 20.12. bei H. Kruse (heute Bruhse) des "Sozialdemokr. Verein Ortsgruppe Bad Bramstedt". unterzeichnet "Der Vertrauensmann" (wohl Schatz) Dieses Datum ist wohl als die Wiedergeburtsstunde der SPD in Bad Bramstedt zu sehen.

Schatz war schon zuvor lange Jahre für die sozialdemokratische Idee am Orte tätig. Nach verschiedenen Quellen (s. frühere Ausgaben des "Rund um den Roland") gab es schon zu Zeiten des Sozialistengesetzes sozialdemokratische Aktivitäten in Bad Bramstedt. Unter dem 23.11.1911 berichtet die Zeitung, daß die Sozialdemokraten mit dem Peitschenmacher Schrader erstmals einen Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl aufgestellt hätten.

Eine durchgängige Geschichte der SPD gibt es jedoch erst seit 1918 als im Zuge des revolutionären Umschwunges nach dem ersten Weltkrieg ein "sozialdemokratischer Verein" ins Leben gerufen wurde.

Im Vorfeld wurde am 9.11.1918 in Bad Bramstedt ein Arbeiterrat gewählt, der die Macht am Orte übernahm und zusammen mit dem Bürgermeister Jensen und dem noch amtierenden Stadtverordnetenkollegium die Geschicke der Stadt leitete. Diesem Rat gehörten an: Zimmerer Karl Jans, Privatier Gustav Schatz, Landmann H. Gerth, Glaser M. Bohri, J. Stüben und Leo Sokolowski sowie vier Vertrauensleute: A. Burmann, A. Krüger, E. Weller und Christian Friedrich.



Der erste Arbeiterrat Bad Bramstedt 1918/1919 v.l.: J. Stüben, H. Gerth, M. Bohri, L. Sokolowski, G. Schatz. Es fehlt C. Jans; ein Indiz, daß dieses Bild später entstanden ist.

Der Arbeiterrat nimmt diese Arbeit mit viel Fleiß auf und kümmert sich besonders um die Versorgung der Bevölkerung. Dennoch kommt es schnell zu Konflikten mit den Bürgerlichen (diverse Berichte in der Zeitung aus jenen Tagen geben darüber Aufschluß), die in der Stadtverordnetenversammlung saßen, die noch zu Kaisers Zeiten gewählt worden war.

Das politische Kräftemessen findet bei der ersten Kommunalwahl im März 1919 statt. Die Bürgerlichen unter dem Organisten August Kühl und dem Buchhändler Alfred Warnemünde gründen am Orte die Deutsch-Demokraten (zuvor: liberaler Verein) und sammeln in dieser Partei zahlreiche Personen national-liberaler Gesinnung. Gleichzeitig formieren sich auch national-konservative Kräfte in einer Liste. Bei der Wahl (erstmals frei und allgemein) können die Sozialdemokraten nur acht der 18 Sitze erringen. Auffällig dabei, daß die Bürgerlichen dabei mehrfach mit Zeitungsanzeigen für sich werben konnten und großzügige Berichterstattung erhielten.

Dieses neu gewählte Kollegium entriß nach und nach dem Arbeiterrat die letzten Stückchen Macht, zumal bei einer Neuwahl - ebenfalls im März 1919 - die liberalen und konservativen Kräfte auch eine Liste mit Arbeitern aufstellte und drei der sechs Sitze erreichen konnte. Die Gegenmacht des Arbeiterrates war mit diesem Resultat praktisch annulliert.

Diese Wahlergebnisse führten zu einer Wiederherstellung der alten Strukturen, wenngleich alle Stadtverordneten neu gewählte Personen waren.

In den Folgejahren trug der wirtschaftliche Niedergang (Inflationsjahre) und die Zerstrittenheit der Arbeiterbewegung zu einem Verfall der Wahlergebnisse bei. Auch in Bad Bramstedt spaltete sich im Jahre 1919 die SPD und es wurde eine Ortsgruppe der USPD durch Carl Jans gegründet. Mit der Vereinigung der beiden Parteien 1920 bildeten sich am Orte gleichzeitig Kommunisten. . In der SPD war mittlerweile der 1920 aus dem Krieg zurückgekehrte Zimmerer Friedrich Hinz in die vordere Reihe eingetreten.

Bei der Wahl 1924 errangen die Bürgerlichen 11 der 14 Sitze und 1929 trat die SPD mit Gustav Schatz und Friedrich Hinz an und die Kommunisten als "Freie Arbeiterliste" mit Karl Jans und Karl Scheck. Zusammen holten Sie noch fünf der 14 Sitze.

Mit der letzten "freien" Kommunalwahl kamen nur noch Friedrich Hinz und Emil Kröger für die SPD und Karl Scheck für die KPD ins Stadtparlament. In diese Wahl griff die Zeitung schon massiv parteiisch ein; so heißt es am Tag vor der Wahl in den Bramstedter Nachrichten:*" ... für die Rechte ... außerordentlich wichtig ist. Es ist nicht einerlei, ob die Rechte 11 oder nur 10 Mandate erhält. In der ersten Sitzung des neuen Kollegiums wird u.a. die Wahl der Kommissionsmitglieder vorgenommen. Erreicht die Rechte 11 Sitze, so kann sie diese Wahl ganz in ihrem Sinne vornehmen, bei 10 Mandaten muß sie sich den Einfluß der Linken gefallen lassen. Jeder rechts eingestellte Wähler kann daran ermessen, ob seine Stimme nötig ist. Ja ! sie ist dringend nötig!"*

Das dennoch drei Sitze errungen wurde, störte die neuen Machthaber unter dem NSDAP-Ortsgruppenleiter Karl Schlichting wenig; am 28.3.33 meldet die Zeitung, daß der KPD-Mann aufgrund einer ministeriellen Verfügung nicht mehr zur Stadtverordnetensitzung einzuladen sei. Während die Bürgerlichen nach 1933 überwiegend ihre Arbeit fortsetzen konnten, nun als Nationalsozialisten, blieben bei der Wahl der Kommissionen die beiden Sozialdemokraten folglich unberücksichtigt. Wenig später wurden sie aus der Stadtvertretung ausgeschlossen (SPD-Verbot Juni 1934) und die Bürgerlichen und die neuen Herrenmenschen arrangierten sich in der Macht am Orte.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde Gustav Schatz von den Alliierten des Amt des Bürgermeisters angetragen, was er allerdings u.a. aus Altersgründen ausschlug. Seine Verdienste um die Demokratie blieben am Orte allerdings offiziell ungewürdigt; weil auch nach 45 die gleichen Gesichter wieder ganz vorne standen wie von 1919 bis 1945 .

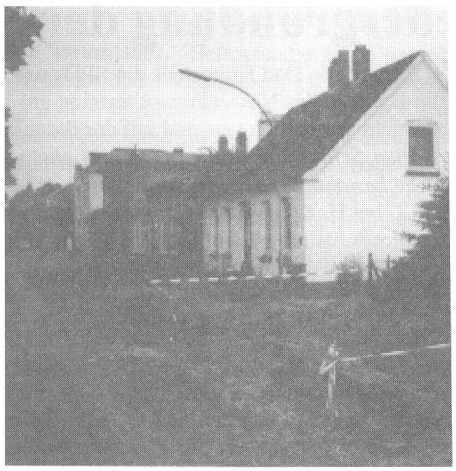
Schatz und Hinz waren die prägenden Figuren der SPD Bad Bramstedt zwischen 1918 und 1933; Schatz gründete darüber hinaus einen Konsumverein in Bad Bramstedt und eine Baugenossenschaft und war in vielen anderen Bereichen zum Gemeinwohl tätig.

Soweit einige Schlaglichter auf diese Zeit und ihre Personen. Der SPD-Ortsverein sucht für seine Geschichte weiterhin Erinnerungen, **Unterlagen, Fotos (z.B. fehlt eins von F. Hinz) und andere Dokumente.** Die Originale werden selbstverständlich zurückgereicht; Anrufe bitte unter Tel. 1554.

Jan-Uwe Schadendorf

Wohnraum-Vernichtung in Bad Bramstedt

Bad Bramstedt. Wohnraum ist bekanntlich knapp. Dennoch leisten es sich einige Eigentümer ihre Häuser leerstehen zu lassen und langsam zu vernichten (Bild aus dem Schlüskamp). Während viele Bürger verzweifelt günstigen Wohnraum suchen und die Stadt immer wieder Unterbringungsmöglichkeiten braucht, setzen andere offenbar auf Spekulation.
Kann man da nicht Abhilfe schaffen ? Wie wär's es mit Zwangseinweisungen durch die Stadtverwaltung in solche Häuser ? Allemal wohl besser als in Not geratene Familien am Dahlkamp zusammenzupferchen, oder ??

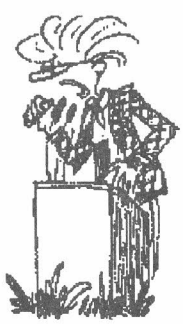


Bundes-Regierung verschärft Wohnungsnot

Der Deutsche Mieterbund hat Pläne der Bundesregierung scharf kritisiert, nach denen die Mittel für den sozialen Wohnungsbau um 1,2 Milliarden DM und Mittel für Wohngeldausgaben um 1 Milliarde DM gekürzt werden. Vielmehr sollten, zur Bekämpfung der stetig steigenden Wohnungsnot, jährlich 200.000 neue Sozialwohnungen gefördert werden. Das ist aber ohne eine spürbare Steigerung der Bundesmittel nicht zu erreichen. Der Direktor des Deutschen Mieterbundes, Helmut Schlich warnte ausdrücklich,:" Die wohnungspolitischen Fehler der 80er Jahre dürfen nicht wiederholt werden." Damals habe der Bund schrittweise die Förderung des sozialen Wohnungsbaus zerschlagen und damit eine beispiellose Talfahrt des Wohnungsbaus eingeleitet. Dies ist nach Angaben des Mieterbundes, unbestritten eine der Ursachen für die ausufernde Wohnungsnot.
Und in Bad Bramstedt: Dort setzen Sozialdemokraten den Bau neuer Sozialwohnungen durch (siehe Artikel rechts).
Nachdem dies in der Bevölkerung positiv aufgenommen wurde, versucht die CDU am Orte auf diesen Zug aufzuspringen und Trittbrettfahrer zu spielen - dabei sollte sie lieber ihrem Kanzler vernünftige, sozial ausgewogene Politik nahebringen.

Impressum: Herausgeber:SPD Bad Bramstedt. V.i.S.d:P.: Jan-Uwe Schadendorf, Lehmbarg 44, 2357 Bad Bramstedt.
Redaktion:Jens Cramer, Jörg Unger, Bernd Poepping Jan-Uwe Schadendorf
Druck: Global-Druck, Bad Bramstedt

Kluge Köpfe reden mit, und "schnacken" nicht klug 'rum!



Deshalb machen wir Ihnen das Angebot, sich über die SPD zu informieren.
Oder Sie nehmen an unserer nächsten Mitgliederversammlung teil,
oder kommen zu unserem nächsten **Stammtisch** (Tageszeitung beachten, immer **erster Freitag im Monat** im Kaisersaal).
Entschlossene haben auch die Möglichkeit, gleich Mitglied zu werden.
Und das alles nur mit einem Anruf oder ein paar Zeilen.

Unser SPD-Telefon hat die Rufnummer **04192/1554**

Adresse: **SPD-Ortsverein, Lehmbarg 44, 24576 Bad Bramstedt**

Demokratie und Politik leben von Menschen, die mitmachen, lassen auch Sie sich mitreissen.

Muß Bauen so teuer sein ?

schwarz-gelbe Koalition verhindert kostengünstiges Bauen

Bad Bramstedt. Bauen ist derzeit teuer genug. Wer dennoch bauen kann, muß oft Abstriche machen und seine Planungen dem Geldbeutel anpassen. Dabei machen unsere Nachbarn (z.B. Dänemark und Holland) vor, daß Bauen kostengünstiger geht.
Die SPD wollte dazu beitragen, daß so etwas in Bad Bramstedt möglich ist, und stellte im September zum B-Plan 24 (letzter Abschnitt Süd-West-Stadt) Anträge, die Gestaltungs- und Materialvorschriften weit zu formulieren, um auch dem kleineren Geldbeutel ein Haus zu ermöglichen. Doch CDU und F.D.P. zeigten kein Einsehen und stimmten die Anträge nieder. **Bernd Poepping**, SPD-Mitglied im Bauausschuß: "Dieses Verhalten ist sozial ungerecht und völlig fehl am Platze. Warum soll eigentlich ein Häuslebauer gleich mit Klinker und allem drum und dr bauen. Vielen wäre es eine Erleichterung, wenn Sie z.B. erst einmal ein verputztes Fertighaus bauen könnten und später verklinkerten." Auf Unverständnis stößt bei seinem Ausschußkollegen **Klaus Märker** die Vorschrift über die strenge farbliche Gestaltungsvorschrift. Märker: "Wen stört es in einem Neubaugebiet, wenn ein Haus weiß und das Nachbarhaus rot ist ? Was soll die Uniformität ? Warum vermiesen CDU und F.D.P. den Bauherren die Verwirklichung eigenen Geschmacks ?"
Anmerkung: Beruhigend für die SPD, daß wenigsten rote Steine zugelassen sind, schwarze und blau-gelbe allerdings nicht.

Sozialwohnungen bauen

SPD-Antrag findet Mehrheit bei den Stadtverordneten

Bad Bramstedt. Die SPD-Fraktion brachte durch ihren Vorsitzenden **Bodo Clausen** in der Stadtverordnetenversammlung im September einen Antrag ein, der den Magistrat auffordert, sich um mindestens 60 weitere Wohnungen im sozial geförderten Wohnungsbau aus dem Kontingent des Landes zu bemühen.
Während die SPD mit einem solchen Antrag vor gut 3 Jahren noch erhebliche Durchsetzungsprobleme hatte, stimmten diesmal alle Parteien sofort zu. Das Thema sozialer Wohnungsbau scheint nun auch in den Köpfen der anderen Parteien am Orte angelangt zu sein, obwohl gerade diese Parteien auf Bundesebene dafür verantwortlich sind, daß der soziale Wohnungsbau zum Erliegen gekommen war (die Folgen auf dem Wohnungsmarkt sind bekannt und spürbar).
Diese neuen 60 Wohnungen sollen die bisherigen Maßnahmen (48 Wohnungen an der Holsatenallee, 36 Wohnungen August-Kühl-Straße) fortführen und in Bad Bramstedt für ein ausreichendes Wohnungsangebot für niedrige Einkommensschichten sorgen.